

VdgB ist es notwendig, die Kritik und Selbstkritik zur Entfaltung zu bringen, damit mit Hilfe der Masse der Mitglieder die Hemmnisse und Schwierigkeiten überwunden werden.

In Eisenach fand eine gemeinsame Tagung der Vertreter der werktätigen Bauern aus Westdeutschland und aus der Deutschen Demokratischen Republik statt. Auf dieser Konferenz wurde von den westdeutschen Vertretern erklärt, daß die „Liberalisierung der Marktwirtschaft“ den Tod der deutschen Landwirtschaft bedeute. Die Bauern beklagten sich darüber, daß durch die sogenannte „Liberalisierung“ des Handels der deutsche Markt mit ausländischen Waren überflutet wird und dadurch Absatzschwierigkeiten für die deutschen Bauern entstanden sind. Sie werden gezwungen, ihre Waren zu Preisen abzusetzen, die nicht einmal die Erzeugungskosten decken. Ist es nicht schändlich, daß der oberste Beamte der Bonner Protektoratsverwaltung, Dr. Adenauer, auf einer Pressekonferenz Anfang dieses Jahres erklärte:

„Wir müssen schon in den säuern Apfel beißen und unsere Landwirtschaft dem Marshallplan opfern“? (Pfuirufe.)

Aber die Bauern Westdeutschlands sind nicht gewillt, sich dem Marshallplan, dem USA-Finanzkapital, zum Opfer zu bringen! (Stürmischer Beifall.)

Uns ist seit langem klar, daß der Marshallplan das Mittel ist, um die Wirtschaft in Westdeutschland zu ruinieren. Den westdeutschen Bauern ist jedoch erst jetzt auf Grund der Herabdrückung der Preise zu Bewußtsein gekommen, daß die Krise in der Landwirtschaft Westdeutschlands durch den Marshallplan hervorgerufen wird.

Auf der Eisenacher Konferenz wurde von den westdeutschen Vertretern eine Reihe Mindestforderungen vorgeschlagen, die nicht nur unsere Zustimmung finden, sondern die wir in der Deutschen Demokratischen Republik vollständig durchführen werden. Wir sagen jedoch den Bauern in Westdeutschland, daß das oberste Lebensinteresse der Bauern und des ganzen schaffenden Volkes die Erhaltung des Friedens ist. Um die friedliche Arbeit der Bauern zu sichern, müssen auch die Bauern mitkämpfen für die Verteidigung des Friedens, müssen sie eindeutig Stellung nehmen für das Verbot der Atombombe und mit-helfen, die Militarisierung Westdeutschlands, die Verwandlung Westdeutschlands in eine Kriegsbasis der amerikanischen Rüstungsfabrikan-ten zu verhindern.